

# Übersichten

November 2001

## Außenpolitik

### 1 China plus ASEAN

Während der jüngsten Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der zehn südostasiatischen ASEAN-Länder im Sultanat Brunei haben sich die Vertreter Südostasiens und Chinas Premierminister Zhu Rongji darauf verständigt, innerhalb von zehn Jahren (2011) eine gemeinsame Freihandelszone zu gründen. Die Anregung zu diesem Zukunftsprojekt war von chinesischer Seite ausgegangen. Zhu hatte den Vorschlag erstmals während des vorangegangenen ASEAN-Gipfels 2000 in Singapur lanciert. Nach ersten Prognosen würde der neue regionale Freihandelseffekt zu einer Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von einem Prozentpunkt für die ASEAN und 0,3% für China führen. Innerhalb der Zone werden in zehn Jahren rund zwei Milliarden Menschen leben. Das bisherige Handelsvolumen zwischen China und den ASEAN-Ländern fällt mit 1,23 Milliarden US-Dollar jedoch relativ gering aus. In der Tat scheint die mögliche geopolitische Dimension des Projekts wesentlich interessanter zu sein als

die geoökonomische. Noch 1999 hatten die Länder ganz Ostasiens auf dem ASEAN-Gipfel von Manila das Konzept einer gesamtregionalen Kooperationsphäre „ASEAN plus drei“ diskutiert. Die drei „Plus-Staaten“ waren Japan, China und Südkorea. Die neue Freihandelszone sieht zumindest gegenwärtig nicht die Teilnahme Japans und Südkoreas (und auch nicht Taiwans) vor. Frühestens auf dem nächsten ASEAN-Gipfel in Kambodscha soll darüber diskutiert werden, ob man Japan und Korea ebenfalls eine Mitgliedschaft anbieten will. China hat sich damit in eine neue gesamtregionale Schlüsselposition manövriert, in der es wesentlich die Beitrittsbedingungen gegenüber Japan mitbestimmen kann. Nicht wenige Beobachter interpretieren diese Vorgänge als Beginn einer langfristigen Verschiebung der regionalen Vormachtpositionen zu Gunsten Chinas und zu Lasten Japans, das aufgrund seiner kontinuierlichen Wachstumsschwäche auch wirtschaftlich an Prestige eingebüßt hat. Gleichzeitig kann China die seit 1997-98 gewachsenen Befürchtungen in Südostasien dämpfen, die kontinuierliche Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte zu eigenen Gunsten und zu Lasten der ASEAN-Länder politisch und wirtschaftlich ausnutzen zu wollen. Handels- und kooperationspolitische Zugeständnisse könnten als Bausteine der so genannten „multipolaren Weltordnung“ dienen, in deren Rahmen China den ostasiatischen „Pol“ bildet. -ma-

### 2 Grundzüge des offiziellen Weltverständnisses

In einer Grundsatzrede vor dem French International Relations Institute in Paris Anfang November beschrieb Vizepräsident Hu Jintao unter dem Titel „China und die Welt im 21. Jahrhundert“ die „wichtigen Punkte“ im globalen Ordnungsverständnis der chinesischen Führung. Hu hielt diese Rede im Rahmen einer offiziellen Reise durch mehrere europäische Staaten. (Siehe dazu auch das entsprechende Thema in dieser Ausgabe von *China aktuell*.)

Erstens stelle das Prinzip der geopolitischen „Multipolarität“ eine entscheidende Voraussetzung zur Wah-

rung und Stärkung einer dauerhaften weltweiten Friedensordnung dar.

Nur auf der Grundlage der gegenseitigen Abstimmung und Zusammenarbeit mehrerer Ordnungsmächte unter Einbeziehung aller betroffenen Nationen könne der Aufbau eines „relativ stabilen internationalen Rahmens“ gelingen. Während der letzten Jahre sei der Konsens in der Weltgemeinschaft nach und nach gewachsen, dass die Gestaltung „der Weltangelegenheiten nicht von einer einzigen Supermacht monopolisiert“ werden dürfe. Multipolarität beinhaltet also konkret die definitive Absage an eine globale Sonderrolle der Vereinigten Staaten und den Anspruch Chinas, international in der ersten Reihe zu stehen.

Daraus ergebe sich zweitens aus chinesischer Sicht, dass der Weltfrieden nur im Rahmen einer nachhaltigen „Demokratisierung der internationalen Beziehungen garantiert werden“ kann. Alle Länder müssten – unabhängig von ihrer Größe und ihrem Wohlstand – als „gleichwertige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft“ behandelt werden. „Angelegenheiten des globalen und regionalen Friedens sollten auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen gelöst werden.“ China werde auch in Zukunft seine Außenpolitik nach den Prinzipien „der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts“ gestalten.

Drittens sei es zwar richtig, dass die wirtschaftliche Globalisierung zu „einem unaufhaltsamen Trend“ geworden sei, der neben wirtschaftlichen Auswirkungen auch starke politische und gesellschaftliche Einflüsse zeitige. Dennoch lasse sich nicht leugnen, dass die entwickelten Länder stärker von der Globalisierung profitieren als alle anderen. Die chinesische Führung sei jedoch der festen Überzeugung: „Nur eine Globalisierung, die auf der Gleichheit aller Nationen beruht, macht eine nachhaltige weltweite Entwicklung möglich.“ China werde deshalb sein ganzes Gewicht einsetzen, um „zu einer gleichberechtigten Teilnahme aller Länder an den weltwirtschaftlichen Entscheidungsprozessen beizutragen, um ein rationales internationales Finanz- und Handelssystem zu etablieren“.

Viertens könne die internationale Sicherheit nur dann gewährleistet wer-

den, wenn die Weltgemeinschaft „ein neues Konzept der internationalen Sicherheit auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und allseitigen Vorteils“ entwickelt. Vor allem gehe es um Rüstungsbegrenzungen jeglicher Art, da „Aufrüstungsanstrengungen weit davon entfernt sind, zum Vorteil der weltweiten Sicherheit zu dienen“.

Fünftens haben die Ereignisse vom 11. September ein für alle Mal deutlich gemacht, dass der internationale Terrorismus „ein enormes Desaster darstellt, das den Frieden und die Stabilität der Welt ernsthaft bedroht“. China rufe alle Akteure zu einer fortdauernden Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terror auf. „Der UN-Sicherheitsrat sollte eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Terrorismus spielen.“

Sechstens betrachte China die Vereinten Nationen als die für die internationale Entwicklung bedeutsamste Organisation. „In der Geschichte der Menschheit ist keine andere Institution so repräsentativ gewesen wie die Vereinten Nationen. Keine andere Organisation hat die Fähigkeit, einen so starken und tiefen Einfluss auf die Weltangelegenheiten auszuüben.“ Die Rolle der Vereinten Nationen müsse daher in Zukunft noch weiter verstärkt werden. Voraussetzung hierfür seien „angemessene Reformen“, da sich die Welt seit Gründung der Vereinten Nationen deutlich verändert habe. Ein schlagender Beweis hierfür sei der Anstieg der Mitgliedsländer von ursprünglich 51 auf 189. Vor allem der Sicherheitsrat müsse den neuen Gegebenheiten angepasst werden. „Höchste Priorität bei der Reform des Rats hat die Korrektur des Ungleichgewichts seiner Zusammensetzung und die Erhöhung der Repräsentanz der Entwicklungsländer ..., damit der Rat die Realität der Mitgliedschaft der Vereinten Nationen widerspiegelt.“

Siebtens sei das Verhältnis zwischen China und der Europäischen Union von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Zukunftsgestaltung der globalen Angelegenheiten. „China und Europa teilen viele gemeinsame Interessen, ohne direkte Interessenkonflikte zu haben. Die Intensivierung langfristiger, umfassender Kooperation auf allen Feldern ist im grundlegenden Interesse beider Seiten und wird zu Frieden und Wachstum in der Welt beitragen.“ (XNA, 2.11. 6.11.01) -ma-

### 3 Li-Peng-Reise

Vom 3. Oktober bis zum 17. November unternahm Li Peng als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses eine ausgedehnte „Goodwill-Reise“ nach Algerien, Tunesien, Kuba, Argentinien und Uruguay. Aus chinesischer Sicht handelte es sich um eine „wichtige diplomatische Aktion Chinas unter den neuen Bedingungen“ seit dem 1. September. Kategorisch heißt es: „Die Reise war ein voller Erfolg.“

In allen fünf Ländern habe Li sowohl mit den örtlichen Regierungsführern als auch mit Spitzenrepräsentanten der nationalen Parlamente sowie Vertretern der Wirtschaft ausführliche Diskussionen gepflegt. Diese Diskussionen hätten zu einem wesentlich besseren gegenseitigen Verständnis der jeweiligen Positionen in internationalen und regionalen Angelegenheiten geführt. Vor allem in Kuba, Argentinien und Uruguay hätte man in den Gesprächen an die Ergebnisse der Reise Jiang Zemin anknüpfen können. Li schlug vor, die Beziehungen durch weitere Besuche sowie durch eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und durch kontinuierliche Austauschprogramme für Wissenschaft und Technologie auf eine regelmäßige Basis zu stellen.

Weiter heißt es, dass man in allen Ländern den Beitritt Chinas zur WTO nachdrücklich begrüßt habe, weil diese Tatsache „den Einfluss der Entwicklungsländer auf die Weltorganisation erhöht und förderlich für die Errichtung einer fairen und rationalen neuen Wirtschaftsordnung der Welt ist“. In allen fünf Ländern betonten die Gastgeber zugleich, dass sie auch in Zukunft das „Ein-China-Prinzip“ befürworten und die Wiedervereinigung Chinas unterstützen werden.

In Kuba verwies Li darauf, dass Havanna der erste Akteur in Lateinamerika war, der die Volksrepublik diplomatisch anerkannt hatte. Ferner lobte er den Willen des Landes „unter Führung des Vorsitzenden Castro und der Kommunistischen Partei Kubas“, sich allem machtpolitischen Druck von außen zu widersetzen und „dem sozialistischen Weg zu folgen“. Es kam zu mehreren Gesprächen zwischen Castro und Li, die auf chinesischer Seite wie folgt bewertet wurden: „All das brach-

te die tiefe Freundschaft zwischen den beiden Parteien, Ländern und Völkern zum Ausdruck.“ (BBC, 18.11.01) -ma-

### 4 Anti-Terror-Kampf

Während der 56. Sitzung der UN-Vollversammlung sprach sich Chinas Außenminister Tang Jiaxuan nachhaltig für einen bedingungslosen Kampf gegen alle Formen des internationalen Terrorismus aus. Auch China sieht sich der Bedrohung durch den Terrorismus ausgesetzt. „The ‚East Turkistan‘ terrorist force is trained, armed, and financed by international organizations. Opposing ‚East Turkistan‘ is an important aspect of the international anti-terrorist struggle.“ Laut Tang gehört der Terrorismus zu den wenigen „Kräften des Bösen“, die weder mit einer Religion noch mit einem Land verbunden seien. Deshalb müsse der Terrorismus bedingungslos verurteilt werden, gleich wann und wo er auftritt. Allerdings sollte der Kampf gegen den Terrorismus in jedem Fall unter Führung des Sicherheitsrates der UN und nach dessen Normen erfolgen. „All actions must conform to the purpose and principles of the UN Charter.“ (BBC, 12.11.01) -ma-

### 5 Indonesien-Besuch

Im Anschluss an seine Teilnahme an der ASEAN-Gipfelkonferenz in Brunei stattete Ministerpräsident Zhu Rongji Indonesien einen viertägigen Besuch ab. Zhus Aufenthalt war der erste eines chinesischen Spitzenführers seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern 1990. In seinen Gesprächen betonte Zhu wiederholt, dass weder Indonesien noch sonst ein ASEAN-Staat „etwas zu fürchten hätten von Chinas Aufstieg als Wirtschaftsmacht“. China werde seinen Beitrag zur Entwicklung der gesamten ostasiatischen Region leisten. Jetzt gehe es darum, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. „Both Indonesia and China are big developing countries with important roles in Asia and responsibility to preserve stability in the region.“ Deshalb unterstütze China ohne Wenn und Aber Indonesiens Bemühungen, seine nationale Einheit und territoriale Integri-

tät zu wahren und seine Wirtschaft wieder aufzubauen. In diesem Zusammenhang machte Zhu eine Zusage, ein Infrastrukturprojekt in Indonesien mit 40 Millionen Yuan zu finanzieren. Ferner sollen Fachleute beider Seiten zusammenkommen, um die Exportchancen Indonesiens auf dem chinesischen Markt auszuloten. Ferner wurden verschiedene Abkommen zum Tourismus, zur engeren Zusammenarbeit der Zentralbanken beider Länder und zur Landwirtschaft unterzeichnet. (*The Straits Times*, 8.11.01) -ma-

## 6 Vietnam-Gespräche

Mitte November trafen sich Vertreter der Regierungen Chinas und Vietnams in Hanoi zur achten Runde der bilateralen Gespräche über strittige Grenz- und Territorialfragen. Es geht um eine exakte Demarkierung des Grenzverlaufs und andere Schritte „in der Folge der Unterzeichnung des Vertrags zur Grenzziehung im Golf von Tonkin und anderen Seegebieten“. Die Gespräche verliefen nach chinesischen Angaben „im Geist der Freundschaft und Offenheit“. Ferner hätten sie einige positive Ergebnisse gezeitigt. Zuvor hatte es ein viel beachtetes Seminar zur Bestandsaufnahme in den beiderseitigen Beziehungen der letzten zehn Jahre gegeben. Insgesamt wurden dort 37 Reports zur „Wiederherstellung und Entwicklung der positiven Beziehungen zwischen Vietnam und China“ vorgetragen. Insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen haben sich seit einigen Jahren dynamisch entwickelt. 2000 lag der bilaterale Handelsaustausch bei gut zwei Milliarden US-Dollar. Aufgrund dieser jüngsten Entwicklungen sind offensichtlich die Voraussetzungen für persönliche Kontakte auf höchster Ebene geschaffen. Vietnams Parteichef Nong Duc Nanh beabsichtigt, in nächster Zeit auf Einladung Jiang Zemin's China einen „offiziellen goodwill visit“ abzustatten. (BBC, 3.11., 16.11., 24.11.01) -ma-

## 7 Kanzler-Besuch

Im Rahmen einer Asienreise (Pakistan, Indien) besuchte Bundeskanzler Schröder vom 31. Oktober bis zum 2. November die Volksrepublik China (Beijing, Dalian, Shanghai), ehe die Reise nach Russland fortgesetzt

wurde. Neben dem Kanzler nahmen Wirtschafts- und Technologieminister Müller sowie Innenminister Schily als weitere Regierungsmitglieder an dem Besuch teil. Die Politiker wurden von der größten deutschen Delegation (180 Mitglieder) begleitet, die jemals an einem offiziellen Chinabesuch teilgenommen hat. Der Schwerpunkt der Gespräche lag eindeutig auf Wirtschafts-, Investitions- und Handelsfragen. Problematische Aspekte in den bilateralen Beziehungen blieben weitgehend ausgeklammert oder wurden nur in diplomatisch dezenter Art der Pflicht halber erwähnt. So war es beiden Seiten möglich zu betonen, dass „there are no problems arising between Germany and China in terms of politics“. Bemerkenswert erscheint, dass es sich bereits um den dritten Chinabesuch des Kanzlers innerhalb von zweieinhalb Jahren handelte und dass im gleichen Zeitraum Chinas Ministerpräsident Zhu Rongji zweimal in Deutschland war. Beide Seiten stimmten überein, dass der bilaterale Meinungsaustausch kontinuierlich fortgesetzt werden sollte. Zhu: „We have full confidence in the prospects for the development of the two countries' friendly cooperation ... High-level leaders of the two countries should especially continue to visit one another and strengthen their consultations and coordination in international affairs.“

Während der drei Tage wurden insgesamt 28 wirtschaftsbezogene Projektverträge unterzeichnet, darunter zwei Großprojekte der Konzerne Bayer und BASF. Mit dem Vollzug dieser Verträge ist Deutschland nicht nur Chinas mit weitem Abstand größter europäischer Handelspartner, sondern auch der größte europäische Investor.

Das einzige prominente Thema neben den Wirtschaftsfragen war der Meinungsaustausch zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, in dessen Verlauf nach offiziellen Aussagen eine nahezu vollständige Übereinstimmung der Ansichten und Standpunkte sichtbar wurde. Beide Seiten betonten insbesondere die Notwendigkeit, den Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle in der Wahrung des internationalen Friedens zuzuweisen. (BBC, 31.10.01, 2.11.01; XNA, 1.11.01; FAZ, 2.11.01; NZZ, 3.11.01) -ma-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 8 Hauseigener Terrorismus? – Vorwürfe der staatlichen Führung an Xinjians Uiguren

Im November haben offizielle Vertreter der staatlichen Führung Chinas Vorwürfe konkretisiert, wonach uigurische „Separatisten“ in Xinjiang, die Unterstützung von internationalen Terrororganisationen erhielten, für mehrere Terroranschläge im In- und Ausland verantwortlich seien.

Nachdem Sprecher des Außenministeriums am Rande des APEC-Gipfels in Shanghai bereits in der zweiten Oktoberhälfte eine Verbindung zwischen der „ostturkestanischen“ Unabhängigkeitsbewegung in Xinjiang und dem Terrorismusnetzwerk um Osama Bin Laden hergestellt hatten, präsentierten sie Mitte November eine Liste von Attentaten, die angeblich auf das Konto uigurischer Untergrundorganisationen gehen. So habe die „Islamische Reformpartei“ 1992 in einem Bus in Urumqi eine Bombe gezündet, die drei Menschenleben gefordert habe. Vier Personen seien weiteren Bombenanschlägen der „Ostturkestanischen Demokratischen Islamischen Partei“ im Jahr 1993 zum Opfer gefallen. Ein von der „Ostturkestanischen Partei für islamische Rechte und Gerechtigkeit“ initiiertes Aufstand in einem Xinjiang-Gefängnis im Jahr 1996 habe 15 Menschenleben gefordert. Bombenattentate der „Ostturkestanischen Allianz für nationale Einheit“ in Urumqi im Jahr 1997 hätten den Tod weiterer neun Personen verursacht. Auch im Ausland hätten uigurische Gruppen mehrere Terroranschläge begangen, so ein Bombenattentat auf die chinesische Botschaft in Istanbul, den Mord an einem chinesischen Beamten in Kirgistan im Mai 2000 sowie an zwei lokalen Polizisten in Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, im September 2000.

Angesichts der seit den späten 1980er Jahren wachsenden und im Konflikt mit der chinesischen Staatsgewalt eskalierenden Gewaltbereitschaft uiguri-